

Reformeifer über das Ziel hinaus

Neuseelands liberale Wirtschaftspolitik war für viele Ökonomen lange Zeit ein Vorbild für Europa.

Die Politik des Inselstaates zeigt jedoch, dass Deregulierung zu weit gehen kann **VON SEBASTIAN DULLIEN**

Es sind nicht nur die Europäer, die über eine schwächelnde Währung klagen. Auch auf der anderen Seite der Erde, in Neuseeland, plagen sich die Menschen mit ähnlichen Sorgen herum: Allein seit Anfang des Jahres hat der Neuseeland-Dollar mehr als 20 Prozent seines Kurses zum US-Dollar eingebüßt.

Diese Entwicklung im fernen Inselstaat müsste diejenigen Ökonomen erstaunen, die dem schwachen Euro mit strukturellen Reformen der Arbeitsmärkte und der Sozialversicherungen auf die Beine helfen wollen. Neuseeland hat wie kaum ein anderes Land seit Mitte der 80er Jahre umfangreiche Wirtschaftsreformen hinter sich gebracht. Aus einem Wohlfahrtsstaat skandinavischer Ausmaße hatte sich bis Mitte der 90er Jahre eine weitgehend liberalisierte Volkswirtschaft entwickelt.

Die britische Wirtschaftszeitschrift „The Economist“ widmete bereits vor Jahren eine Vielzahl von Artikeln dem südpazifischen Land – nach eigener Aussage, weil die ehrgeizigen Reformen Vorbild für Europas Wohlfahrtsstaaten sein könnten. Und die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) unterstrich lobend, Neuseeland sei nun eines der „wirtschaftlich freiesten“ Länder dieser Erde.

Tücken ökonomischer Lehrbücher

Inzwischen ist es ruhiger geworden um das Schicksal des 3,5-Millionen-Volkes. Dabei könnte gerade die mittel- und langfristige Entwicklung des kleinen Landes Aufschluss über die Tücken wirtschaftlicher Lehrbuch-Reformen geben. Am anderen Ende der Welt sieht es weit weniger rosig aus, als es sollte – zumindest, wenn man die Versprechen der Reformen als Maßstab nimmt.

Zwar hätte man einige anfängliche Schwierigkeiten noch mit den Problemen erklären können, die beim Übergang von einer stark regulierten zu einer deregulierten Wirtschaft zu erwarten sind: So fiel das Wirtschaftswachstum zwischen 1984, als die ersten Reformen angestoßen wurden, und der Mitte der 90er Jahre deutlich schwächer als in den anderen OECD-Ländern aus. Die Arbeitslosenquote kletterte von knapp 5 Prozent im Jahr 1984 auf fast 20 Prozent im September 1991. Zudem vergrößerten sich durch die Li-

beralisierung die Unterschiede zwischen Arm und Reich.

Doch die jüngste wirtschaftliche Entwicklung deutet auf grundsätzliche Probleme des neuseeländischen Modells hin. Nach einem kurzen Wirtschaftsaufschwung Mitte der 90er Jahre traf die Asienkrise 1998 Neuseeland härter als andere Industrieländer – und hinterließ deutlichere Spuren. Die Arbeitslosigkeit liegt heute noch immer bei fast acht Prozent, die Leistungsbilanz ist stark defizitär und die Auslandsschulden des Landes betragen mehr als das jährliche Bruttoinlandsprodukt. Seit Beginn der Reformen 1984 weist Neuseeland insgesamt das schwächste Wachstum aller OECD-Staaten auf.

Dabei hatten sich die Reformen strikt an die ökonomische Orthodoxie gehalten. Bis 1984 war Neuseeland eine extrem abgeschottete Ökonomie gewesen.

Der Wechselkurs war gegenüber einem Währungskorb fixiert, Importe waren über Zölle und Quoten reglementiert. Ein umfangreiches Sozialsystem, weitgehende Subventionen und eine große Anzahl von Staatsbetrieben bescherten ein deutliches Haushaltsdefizit. Eine lockere Geldpolitik brachte Inflationsraten zwischen 12 und 16 Prozent.

Nach dem Grundsatz „Alle Staatsingriffe sind grundsätzlich schädlich“ ging nach dem Wahlsieg der Labour-Partei 1984 der neugewählte Finanzminister Roger Douglas ans Werk. Der Wechselkurs wurde freigegeben, Importquoten aufgehoben, Staatsbetriebe privatisiert, Güter- und Finanzmärkte dereguliert.

Als 1990 die National-Partei die Regierung übernahm, setzte sie das Reformprojekt mit der Liberalisierung der Arbeitsmärkte fort. Kollektivverhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern wurden abgeschafft, Sozialhilfe und Arbeitslosenunterstützung massiv gekürzt.

Wenn all die Reformen dem Lehrbuch folgten, warum ist dann das Ergebnis so enttäuschend? Der neuseeländische Ökonom Tim Hazledine von der Universität Auckland folgert aus den Erfahrungen, dass „verzerrungsfreie Märkte“ für das Wachstum nicht zentral sind: „Tatsächlich kommt es mehr auf neue Investitionen und Produktion an.“ Die neuseeländischen Reformen sorgten zwar dafür, dass Ressourcen nicht verschwendet würden, könnten aber nicht garantieren, dass neue Produktionskapazitäten entstünden. In Neuseeland würde einfach zu wenig investiert – sowohl von Aus- als auch von Inländern.

Dieses Problem wurde durch den Rückzug des Staates verstärkt: „Mit den Reformen hat auch die Investitionsstätigkeit des Staates dramatisch abgenommen“, erläutert Paul Dalziel von der Universität Canterbury.

Auch die Zentralbank dürfte zu Investitionsschwäche beigetragen haben. Da bei zu hoher Inflation der Notenbankchef persönlich verantwortlich ist, kommt es zu einer übermäßig harten Geldpolitik. Anstatt bei schwachem Wachstum die Zinsen zu senken, kümmert sich die Notenbank nur um die Inflation. Die Folge sind kurzfristige Realzinsen, die seit 1984 selten die 5-Prozent-Marke unterschritten – Gift für Investitionen.

Bevölkerung hat teuer bezahlt

Die starken Schwankungen in den Wachstumsraten etwa nach der Asienkrise dürften zudem Investoren weiter verunsichert haben. Gerade diese Schwankungen sind aber von den Reformen mitverursacht. Früher wirkte das Sozialsystem als „automatischer Stabilisator“. Kam es zu einem Einbruch etwa der Exportnachfrage und verloren Menschen ihre Arbeit, wurden sie durch das Sozialsystem aufgefangen. Da heute die Arbeitslosenhilfe zusammengestrichen ist, müssen Arbeitslose ihren Konsum einschränken. Die Krise eines Sektors schlägt schnell auf die ganze Ökonomie durch.

Auch politisch wurden bei den Reformen Fehler gemacht. Anstatt Veränderungen vorsichtig umzusetzen und dann die Erfolge auszuwerten, wurde eine Reform nach der anderen durchgedrückt – und das mit vollster Absicht. „Wenn nicht schnell genug gehandelt wird, besteht die Gefahr, dass der allgemeine Reformkonsens zusammenbricht“, so Ex-Finanzminister Douglas.

Neuseelands Bevölkerung hat für diesen Reformeifer teuer bezahlt. Das neuseeländische Pro-Kopf-Einkommen, das in den 70er Jahren noch fast 50 Prozent über dem anderer entwickelter Länder lag, erreicht heute nur wenig mehr als die Hälfte des Wertes anderer OECD-Länder.

Vielleicht können wenigstens andere von den Reformen Neuseelands profitieren: Die Europäer sollten sich die Erfahrung vom anderen Ende der Welt genau ansehen, wenn sie Veränderungen des eigenen Sozialstaates vorantreiben.



Die Illustration: Karin Assmann